Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 106.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 12 Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Amtliches.

Berlin, 10. Februar. Der König hat dem Geh. Hofrath Dr. med. Klaproth zu Berlin den königl. Kr.-Orden 3. Kl., dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz von Bardeleben zu Coblenz den Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikate „Excellenz", dem prakt. Arzt ꝛc. Dr. Wilhelm Brinkmann in Berlin, sowie dem prakt. Arzt ꝛc. Dr. Otto Klaproth in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen; und der Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Heinrich Julius Rothfuchs in Hanau zum Direktor des Gymnasiums in Gütersloh die Allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Es sind versetzt: der Kreisger.-Rath Fabian in Tilsit als Stadt- und Kreisger.-Rath an das Stadt- und Kreisgericht in Danzig, und der Kreisrichter Ahlemann in Bünde an das Kreisger. in Minden. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Goldstücker bei dem Kreisger. in Beuthen O.-S., mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Kattowitz, der Ger.-Ass. Lerche bei dem Kreisger. in Rawitsch, mit der Funktion bei der Ger.-Deput. in Gostyn, der Ger.-Ass. Dr. Lisco bei dem Kreisger. in Berlin, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Liebenwalde, und der Ger.-Ass. Dr. Rawitscher bei dem Kreisger. in Grottkau. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Stadtger.-Rath Haase in Berlin, mit Pension, dem Kreisger.-Rath Behmer in Falkenburg, dem Kreisrichter Freiherrn v. Patow in Soldin, behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung, dem Amtsrichter Ulex in Gieboldehausen, und dem Kreisrichter Krahmer in Usedom. Der Ober-Amtsrichter Boisen in Norburg ist in Folge Disziplinar-Erkenntnisses aus dem Dienst entlassen. Der Ober-Amtsrichter Danckwerts in Reinhausen, und der Kreisrichter von der Gröben in Fürstenberg a. O. sind gestorben. Der Staatsanwalts-Gehülfe Rotering in Neidenburg ist in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft der Kreisger. in Lyck und Marggrabowa, mit dem Amtssitze in Lyck, versetzt. Der Kreisrichter Kochann in Tempelburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Schlawe i. P. und zugleich zum Notar im Depart. des Appell.-Ger. zu Köslin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schlawe ernannt worden.

Vom Landtage.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 10. Februar, 10 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Geh. Räthe v. Kehler, Illing, Herrfurth, Haase u. A. Vom Handels- und Finanzminister ist dem Hause ein Gesetzentwurf zugegangen, betreffend die Erweiterung der Verwendung der den Provinzial- und Kommunalverbänden überwiesenen Dotationsfonds; außerdem ist ein Antrag des Abg. Thiel eingebracht, betreffend das Verwaltungspersonal der Staatseisenbahnen. — Nachdem der Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds für das Jahr 1876 der Budgetkommission überwiesen, setzt das Haus die Etatsberathung des Ministeriums des Innern bei dem Kapitel „Strafanstalten" fort.

Hierzu beantragen: 1) Abg. Knörcke: die Regierung aufzufordern, die Lehrer an den Strafanstalten im Gehalt mit den Strafanstalts-Inspektoren gleichzustellen;

2) Abg. Zimmermann: die Regierung aufzufordern: das Verfahren bei der vorläufigen Entlassung der zu längerer Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe verurtheilten Zivilpersonen mit Rücksicht auf die statistischen Ergebnisse für die Jahre 1873, 1874 und 1875 einer besonderen Prüfung zu unterwerfen.

Abg. Eberty: Die ungeheuren Kosten zur Repression der Verbrechen haben nicht den gewünschten Erfolg. Die Zahl der Verbrecher nimmt weit über das Verhältniß der Zunahme der Bevölkerung und die Zahl der Rückfälle in erschreckender Weise zu, wie ich dies bereits früher ausgeführt habe. Rücksichtlich der einheimischen Verhältnisse haben meine Angaben keine Anfechtung erfahren, nur in Beziehung auf England hat sie der Abg. Götting bestritten. Gleichwohl sind auch die letzteren aus den besten und neuesten amtlichen Quellen geschöpft, während die Ausführungen des Abg. Götting, einer einseitigen Parteischrift entlehnt, von dem kompetentesten Richter auf dem Gebiete des Gefängnißwesens, dem Prof. v. Holtzendorff, für veraltet erklärt werden. Ebenso unzuverlässig sind die Angaben des Abg. Götting in Beziehung auf italienische Verhältnisse. Ich weiß nicht, woher er die Notiz entnommen, daß in Brindisi, Assisi, Genua und Padua große landwirthschaftliche Anstalten zur Beschäftigung der Gefangenen bestehen. Der Bericht der italienischen Gefängnißstatistik für 1874 bestätigt seine Angaben nicht. Nur soviel ergiebt diese amtliche Statistik, daß in Padua und Brindisi Bewahranstalten für jugendliche Verbrecher aus eingezogenen Klostergütern gebildet worden sind. Diese, sowie die Ackerbauanstalten auf den Ligurischen Inseln Pantellaria, Gorgona und Lampedusa haben sich außerordentlich bewährt. Im Allgemeinen leidet aber Italien an denselben Schäden wie Preußen. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Anträge Zimmermann und Knörcke. Die Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte für die Strafanstalten sei der wichtigste Hebel für die Besserung der Gefangenen.

Abg. Knörcke: Im vorigen Jahre hat der Abg. Techow darauf hingewiesen, wie die Stellung und das Gehalt der Strafanstaltslehrer dringend einer Aufbesserung bedürfe. Trotzdem die Regierung dies Bedürfniß anerkennen mußte, ist seitdem nichts in dieser Richtung geschehen. Die Lehrer an den Strafanstalten beginnen mit dem Gehalt von 1500 Mark und steigen auf bis zu 2100 Mark als Maximum, während das Gehalt der Gefängnißinspektoren bereits mit dem Maximum der Lehrergehalte 2100 Mark anfängt und aufsteigt bis 3300 Mark. Bedenkt man nun, daß diese Inspektoren fast ausschließlich aus der Klasse der Unteroffiziere hervorgehen, deren Bildungsstufe durch die der Lehrer bedeutend überragt wird, so springt die Ungerechtigkeit klar in die Augen. Ich empfehle daher dem Hause dringend die Annahme meines Antrages.

Abg. Techow kann gleichfalls den Antrag des Vorredners nur dringend befürworten. Von den 137 Gefängniß-Inspektoren in Preußen gehen nur 21 aus dem Offizierstande, für die dieses Amt nur ein Durchgangsposten zu Direktorstellen sei, alle übrigen aber aus dem Unteroffizierstande hervor; trotzdem sei eine so bedeutende Differenz zwischen ihrem und dem Gehalte der Lehrer zu Ungunsten der letzteren.

Regierungskommissar Geheim-Rath Illing: Seit im vorigen Jahre eine bedeutende Erhöhung der Inspektorengehälter im Etat eingetreten, ist die Regierung in die Lage gesetzt, bedeutend größere Ansprüche an die anzustellenden Inspektoren zu stellen als bisher, und dieselben werden von jetzt ab nur noch aus dem Offizierstande und dem der höher gebildeten Klassen genommen. Abgesehen davon ist aber auch die Stellung der Inspektoren eine sehr viel bedeutendere als die der Gefängnißlehrer, die meist aus der Klasse der Elementarlehrer hervorgegangen sind. Daß das Gehalt der Strafanstaltslehrer kein zu geringes sei, beweist der große Andrang, der fortwährend zu diesen Stellen stattfindet und die Regierung kann daher dem gestellten Antrage auf Aufbesserung der Gehälter nicht zustimmen.

Nachdem der Abgeordnete Kiesel den Antrag Knörcke als durchaus gerechtfertigt nochmals empfohlen, erhebt der Abgeordnete Röckerath darüber Beschwerde, daß man in vielen Gefangenen-Anstalten den katholischen Gefangenen einen altkatholischen Lehrer gegeben habe.

Abg. Zimmermann: Bekanntlich enthält das Strafgesetzbuch die humane Bestimmung, daß Zuchthaus- oder Strafgefangene entlassen werden können, wenn sie ¾ ihrer Strafzeit verbüßt haben. In dem von der Regierung uns zugegangenen statistischen Nachweis über das Gefängnißwesen aus den Jahren 1873, 1874 und 1875 finden wir aber, daß von dieser Bestimmung ein auffallend geringer Gebrauch gemacht wird. Von 389 Anträgen auf Strafentlassung die von Seiten der Anstaltsbehörden selbst im Jahre 1873 gestellt wurden, sind von der entscheidenden Instanz nur 138 genehmigt, von 354 Anträgen im Jahre 1874 nur 126 und von 350 im Jahre 1875 gar nur 90. Es bildet diese rückschreitende Ziffer einen traurigen Gegensatz zu der Verwaltung der Militärstrafanstalten, bei denen man doch an und für sich mildere und humanere Grundsätze rücksichtlich der Gefangenen nicht voraussetzen sollte. Bei den Militär-Strafanstalten sind nämlich in den genannten drei Jahren von 61 Anträgen auf Entlassung 56 bewilligt. Wie kleinlich erscheint aber das Verhalten unserer Zivilstrafanstalts-Behörden in dieser Beziehung, wenn wir einen vergleichenden Blick auf England werfen, wo allein im Jahre 1875 von 9857 Gefangenen 2589 vorläufig entlassen worden sind. Ich bitte das Haus dringend, meinen Antrag anzunehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Illing: Der Antrag des Vorredners wendet sich an eine falsche Adresse. Die Verwaltungsbehörden der Strafanstalten im Ministerium des Innern stellen nur die betreffenden Anträge auf vorläufige Entlassung der Gefangenen, die Entscheidung darüber steht allein dem Justizminister zu.

Der Antrag Zimmermann wird hierauf der Justizkommission, der Antrag Knörcke, weil er eine Mehrbelastung des Etats involvirt, der Budgetkommission überwiesen.

Zu dem folgenden Kapitel: Wohlthätigkeitsanstalten bemerkt Abg. v. Schorlemer (Alst): Bei uns in Westfalen bestehen Hospitäler, in welchen Kranke durch barmherzige Schwestern zum Theil unentgeltlich, zum Theil gegen ein ganz geringes Pflegegeld verpflegt werden. Bisher war zur Aufbringung der Kosten diesen Hospitälern das Recht gewährt, Sammlungen an Viktualien oder an Geld zu veranstalten. Durch eine neuerliche Verfügung sind aber diese Kollekten nur noch für dieses Jahr erlaubt, für künftig aber verboten worden. Ich kann den Minister nur dringend bitten, hierin eine Remedur eintreten zu lassen. Die so wohlthätigen Anstalten müßten zu Grunde gehen, wenn ihnen das Kollektenrecht genommen wird. Diese Anstalten haben im Kriegsjahre 1870 dem Staate unendliche Dienste geleistet und da es jetzt offenbar wieder nach Pulver riecht, sollte der Minister um so mehr auf ihre Erhaltung Bedacht nehmen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich habe mich schon seit längerer Zeit mit einer Regelung des Unterstützungswesens beschäftigt, da sich in der letzten Zeit eine gewisse Unordnung in demselben geltend gemacht hat. Davon können sie aber überzeugt sein, daß ich keine Beschränkung eintreten lassen werde, wo es nicht durchaus nöthig ist, und daß ich Alles thun werde, um die nothwendige Ordnung in dieser Sache mit der Wohlthätigkeitspflege in Einklang zu bringen.

Zu dem Titel 9, Allerhöchster Dispositionsfonds für Stiftszwecke, bemerkt Abg. Eberty: Ich hatte als Kommissarius des Hauses an die Regierung die Anfrage gerichtet, worauf die Kompetenz des Ministeriums des Innern zur Verwaltung dieses Fonds beruhe. Die mir darauf gewordene Antwort lautete: „Der Fonds ist, auf Grund einer Allerhöchsten Bestimmung, bis zum Schlusse des Jahres 1849 aus heimgefallenen Kompetenzen der in Folge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 aufgehobenen Damenstifter links der Elbe angesammelt worden. Die Mitwirkung des Ministeriums des Innern hinsichtlich dieses Fonds beruhet auf der Verordnung vom 27. Oktober 1810 und dem Staatshaushaltsetat." Diese Antwort halte ich für ungenügend. Nach der Verordnung von 1810 gehört zwar das Armenwesen, die Wittwenkassen ꝛc. zu dem Ressort des Ministeriums des Innern, die ehemaligen Damenstifter jenseits der Elbe gehören aber nicht in diese Kategorie. Nachdem die Stifter aufgehoben, mußten die Güter, Rechte und Einkünfte uneingeschränkt Staatseigenthum werden und ich behalte mir deshalb den Antrag vor, die Revenuen der säkularisirten Stifter im nächsten Budget in den Etat des Finanzministeriums aufzunehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Haase: Daß der vorliegende Fonds nicht zum Finanzministerium gehören kann, geht schon aus seinem Zweck hervor. Er ist für milde Zwecke bestimmt und die öffentliche Verwaltung hierüber steht dem Ministerium des Innern zu. Das Haus hat hieran auch bisher keinen Zweifel gehabt, es hat sogar selbst diese Einrichtung angeordnet.

Bei den „Einmaligen Ausgaben" Tit. 3 „Beihülfe an die Stände der Rheinprovinz zum Bau eines Provinzial-Ständehauses zu Düsseldorf 70,000 M." beantragt Abg. Knebel, statt des Wortes „Beihülfe" zu setzen „Ausgleichungsbeitrag". Er erklärt, daß er nicht mit dem Posten einverstanden sein würde, falls es sich um eine Beihülfe, die er mißbilligen könne, handelte, da ja erst vor zwei Jahren eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Provinzen stattgefunden habe. Aber es handle sich durchaus nicht um eine Beihülfe, sondern um eine Entschädigung für die Auflösung eines Vertrages, welcher für eine Leistung der Stadt Düsseldorf bei dem Bau des dortigen königl. Schlosses mit der Stadt abgeschlossen worden, aber schließlich wegen Veränderung der Verhältnisse nicht gehalten werden konnte.

Das Haus tritt dem Antrage bei. — Beim Tit. 7 „Strafanstaltsverwaltung" beklagt sich Abg. Dr. Baehr (Kassel), daß ein in Kassel schon 1872 begonnener und damals als ein dringendes Bedürfniß anerkannter Gefängnißbau schon seit längerer Zeit völlig unterbrochen worden, so daß man fürchten müsse, daß er nächstens zur Ruine werden würde.

Minister Graf zu Eulenburg erklärt, daß der Regierungskommissar augenblicklich nicht genügend informirt sei und daß die Regierung deshalb sich die Antwort vorbehalte.

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung. Es liegt hierzu der Antrag des Abg. Dr. Hammacher vor: Die Staatsregierung aufzufordern, die aus Anlaß des Bundesrathsbeschlusses vom 11. Juni 1874 eingeführten Gütertariferhöhungen im ganzen Umfange aufzuheben und die desfallsige den Privatbahnen ertheilte Ermächtigung zurückzuziehen.

Abg. Dr. Hammacher: Bei der Besprechung des allgemeinen Eisenbahnetats haben sich von vornherein schon die verschiedensten Auffassungen geltend gemacht. Während der Abg. Rickert bei der ersten Lesung des Etats seine Anschauung dahin aussprach, daß er in dem Eisenbahnetat den Ausdruck der Ansicht der Regierung erkenne, daß unsere wirthschaftlichen Beziehungen anfangen, in bessere Verhältnisse überzugehen, machte der Abg. Berger bei der Berathung der direkten Steuern die Bemerkung, daß sich in dem Etat ein gewisses Defizit verberge und daß die Regierung zur Verdeckung desselben möglichst geringe Extraordinarien aufgestellt habe. Die Kommissarien des Hauses haben sich aber nach genauer Prüfung des Eisenbahnetats im Allgemeinen und im Besonderen weder für die optimistische Ansicht des Abg. Rickert, noch für die pessimistische des Abg. Berger aussprechen können. Was zunächst die letztere Anschauung anbetrifft, so war es wohl Jedem, der mit den Bedürfnissen der Eisenbahnen vertraut ist, klar, daß die außergewöhnlichen Bedürfnisse, wie Anlage von Eisenbahnbrücken, Güterbahnhöfen u. s. w. nicht lediglich durch Extra-Ordinarien im Etat zu decken sein würden, sondern daß dazu der außerordentliche Staatskredit in Anspruch genommen werden müßte, und daß die Regierung bald davon abgehen würde, solche Extraordinarien in den Etat aufzunehmen. Die Staatsregierung hat sich auch schließlich dieser Ansicht zugewendet; ich kann dies nur mit Freuden begrüßen, aber keineswegs den Schluß anerkennen, welchen der Abg. Berger aus den geringeren Extraordinarien ziehen zu können glaubt. Aber ebenso muß ich dem Abg. Rickert und seinen optimistischen Anschauungen Namens der Kommissarien des Hauses entgegentreten. Offenbar ist dabei übersehen worden, daß zwar der gegenwärtige Etat eine Mehreinnahme von etwa 5 Millionen aufweist, daß aber auf der anderen Seite dabei Einnahmen haben mit in Betracht genommen werden müssen, welche aus dem Hinzutritt von 680 Kilometer neuer Bahnen im Laufe des Etatsjahres hervorgehen werden, wie z. B. die Halle Kasseler Bahn mit 7 Millionen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Staatsregierung in voller Uebereinstimmung mit den wirklichen Verhältnissen unseres Landes in dem nächstjährigen Etat eine Aufbesserung unserer Verkehrs-Verhältnisse nicht voraussetzt, daß sie vielmehr glaubt, darauf gefaßt sein zu müssen, daß die Krisis, in der sich das ganze Land befindet, sich noch weiter vertieft und erst in einer späteren Zukunft auf eine Besserung gerechnet werden darf. Das finanzielle Schicksal unserer Staatsbahnen ist mehr als das irgend eines andern Eisenbahnsystems abhängig von dem russischen Verkehr, und wir wissen, daß die Ursachen, welche diesen Verkehr lähmen, voraussichtlich im Laufe des nächsten Etatsjahres nicht werden beseitigt werden. Dagegen ist es erfreulich, daß eine erhebliche Besserung des Gesammtresultats unserer Eisenbahnverwaltung im Laufe der letzten Jahre in den Ausgaben hervorgetreten. Darin liegt überhaupt das Heilmittel für sämmtliche Bahnen Deutschlands, daß das Bestreben der Verwaltungen unausgesetzt darauf gerichtet wird, wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben herbeizuführen. Nach der Uebersicht für 1875 hatten wir in diesem Jahre gegen das Vorjahr zwar eine Mindereinnahme von 734 M. per Kilometer, auf der anderen Seite aber auch eine Mindereinnahme von 734 Mark per Kilometer, auf der anderen Seite aber auch eine Minderausgabe von 4288 M., so daß eine Gesammtersparniß von 14,496,000 M. erzielt werden konnte, während die Einnahmen sich nur um 1,129,532 M. vermehrten. Diese Mehreinnahmen vertheilten sich so, daß auf den Personenverkehr 724,184 M. und auf sonstige Erträge 663,639 M. entfallen, während der Güterverkehr eine Mindereinnahme von 258,241 M. aufweist — ein Beweis, wie wenig die Tarif-Erhöhung auf die Bruttoeinnahmen eingewirkt hat. In welchem Maße es bei den Staatsbahnen gelungen ist, eine Verbesserung durch Ersparnisse in den Ausgaben herbeizuführen, wird namentlich ersichtlich, wenn Sie die Kosten der Züge berücksichtigen. Dieselben betrugen 1875 die Summe von 11,978,392 Mark und sind im diesjährigen Etat mit nur 10,558,850 Mark eingestellt. Auch in den persönlichen Ausgaben sind nicht unerhebliche Ersparnisse erreicht, wahrscheinlich in Folge des Widerstandes, den dieses Haus im Jahre 1874 der Forderung einer Erhöhung der Ausgaben für die Beamten der Staatsbahnen entgegensetzte. Von 54 Eisenbahn-Verwaltungen, die in einer mir hier vorliegenden Gesammtübersicht zusammengestellt sind, kommen auf 1,000,000 Kilometer bei den preußischen Privatbahnen unter Staatsverwaltung die wenigsten Beamten nämlich 165, auf die preußischen Staatsbahnen 174, auf die preußischen Privatbahnen 209, auf die außerpreußischen deutschen Staatsbahnen 224 und auf die außerpreußischen deutschen Privatbahnen 253 — das sind die meisten Beamten. Per Kilometer Geleislänge gerechnet, stellt sich das Verhältniß so, daß die wenigsten Beamten bei den außerpreußischen deutschen Privatbahnen vorhanden sind, dann in weiterer Reihenfolge bei den preußischen Privatbahnen und schließlich bei den preußischen Staatsbahnen unter Staatsverwaltung. Es ergiebt sich daraus, daß mit dem geringsten Beamtenapparat in ganz Deutschland unter den hier zusammengestellten 54 Eisenbahnen die preußischen Staatseisenbahnen arbeiten und mit den relativ meisten die außerpreußischen deutschen Staatsbahnen. Wir können also mit Genugthuung daraus ersehen, daß die Bemühungen dieses Hauses, in dieser Richtung zu sparen, von Erfolg begleitet gewesen sind. Ich habe sodann früher bereits darauf hingewiesen, daß die Gütertariferhöhung, die 1874 stattfand, nicht die gehoffte Wirkung für die wirthschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahnen geäußert hat. Ich bin der Meinung, daß mein Antrag, damit er eine genügende autoritative Wirkung der Regierung gegenüber habe, eine eingehendere Berathung erfahren muß, als dies im Plenum möglich ist, und ich beantrage deshalb seine Verweisung an die Budgetkommission zur schleunigen Berichterstattung. Bei der Vorlage des Etats pro 1874 erklärte sich der Finanzminister für eine Erhöhung des Tarifs; das Haus sprach sich damals jedoch nicht über diese Frage aus; auch der Bundesrath lehnte ein Eingehen zunächst ab wegen Mangels an Information über die Nothwendigkeit und die Tragweite der Maßregel; nachdem aber die Betriebsresultate des Jahres 1873 vorlagen, faßte er unterm 11. Juni 1874 den bekannten Beschluß, wonach einer Erhöhung des Tarifs um 20 pCt. seitens des Reiches kein Widerspruch in den Weg gelegt wurde, und der preußische Handelsminister fand sich veranlaßt, noch an demselben Tage auf Grund dieses Beschlusses nicht blos die Staatsbahnen anzuweisen, mit der Gütertariferhöhung vorzugehen, sondern auch generell den Privatbahnen des Staates die desfallsige Erlaubniß zu ertheilen. Es bedeutet dies nichts weniger, als die Zuläßigkeit der Erhöhung der Güterverkehr-einnahme um 20 Millionen Thaler pro Jahre. Ich weiß sehr wohl, daß die Staatsregierung die volle Erhöhung nicht beabsichtigte und daß auch nicht alle Bahnen von ihr Gebrauch gemacht haben, aber die meisten Privatbahnen haben das mit einer gewissen Brutalität gethan. Ich weiß nicht, ob die Regierung hiergegen vorgegangen ist, aber jedenfalls wurden ihr alle wirtschaftlichen Schäden, die sich dar-

aus ergaben, zur Last gelegt und die Mißstimmung im Lande stieg aufs Höchste. Es war ein großer politischer Fehler, zu glauben, daß durch eine Tariferhöhung unbedingt eine Verbesserung der Lage der Eisenbahnen eintreten müßte; ich wäre der Meinung gewesen, daß man gerade mit einer Tarifermiedrigung hätte vorgehen müssen. Durch die Tariferhöhung sind sämmtliche andere Industriezweige auf Kosten der Eisenbahnen aufs härteste geschädigt worden, besonders die Kohlenindustrie in Westfalen, für die sie geradezu eine Kalamität wurde. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das Haus mit Rücksicht auf Zustände, welche durch jene Erhöhung im ganzen Lande hervorgerufen worden sind, auf meinen Antrag eingehen wird. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Achenbach: Was meinen eigenen Standpunkt anbetrifft, so will ich hier erklären, daß der Eisenbahn-Etat, wie er vorliegt, von meiner Seite weder für ein Zeichen des wiederaufblühenden Verkehrs angesehen wird, noch als ein Zeichen dafür, daß wir mit einem Defizit wirthschaften. Der Etat ist mit Vorsicht aufgestellt nach Lage der Verhältnisse, welche bei seiner Aufstellung vorlagen. Es sind weder die Einnahmen zu hoch angesetzt worden, noch hat auch eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben stattgefunden, weil man mit möglichster Oekonomie mit den vorhandenen Mitteln vorgegangen ist; so ist, während 1874 die wirkliche Ausgabe 122,957,000 Mark betrug, dieselbe trotz der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes diesmal nur auf 108,942,000 Mark angesetzt. Aber gerade diese Thatsache sollte doch den Abg. Hammacher vorsichtig machen, einen solchen generellen Antrag auf Tariferniedrigung zu stellen. Ich stehe doch gewiß nicht auf dem Standpunkt, daß ich mich den Bestrebungen zur Herbeiführung einer Verkehrserleichterung widersetzte, das geht auch aus allen Reskripten und Maßregeln der Regierung hervor. Der Vorredner hat die Maßregel der Tariferhöhung als eine verhängnißvolle bezeichnet. Im J. 1873 beschäftigte man sich überall, wo sich die öffentliche Stimmung geltend machen konnte, mit der Frage der Tariferhöhung, und diese Erörterungen veranlaßten am 17. November 1873 den Finanzminister im Abgeordnetenhause, und am 15. Februar 1874 mich selbst im Herrenhause, über den Gegenstand zu sprechen und auf die wahrscheinliche Nothwendigkeit einer Erhöhung hinzuweisen. Auch der Bundesrath beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage und die Kommission, welche damals über das sogenannte 50-Millionengesetz berieth, stellte in Bezug hierauf verschiedene Male direkt eine Anfrage an mich, der Kommissionsbericht erklärte sogar, die Bewilligung der geforderten Summe von der Zustimmung des Bundesraths zu einer dauernden Erhöhung des Eisenbahntarifs um 20 pCt. abhängig machen zu wollen. Als dann dieser Bericht vor das Haus gelangte, erhob Niemand Widerspruch gegen die Tariferhöhung, so einstimmig war man damals von der Nothwendigkeit der Maßregel in den maßgebenden Kreisen überzeugt. Ich glaube aber auch, daß jene Maßregel heute noch ebenso zu vertreten ist, wie damals. Es war allerdings eine traurige Nothwendigkeit, aber das Mißtrauen des Pubikums zu den Eisenbahnen war damals ein so großes, daß, wenn nicht eine derartige Maßregel zur Erhöhung des Eisenbahnkredis und des Zutrauens des Publikums eintrat, man eben den anderen Kalamitäten noch eine allgemeine Eisenbahnderoute zu erwarten hatte. Nun ist allerdings mit der Erlaubniß zur Tariferhöhung Anfangs sehr viel Mißbrauch getrieben worden (Sehr richtig!) und die Hoffnung der Regierung, daß mit Aufhören der allgemeinen Kalamität auch die Tarife wieder erniedrigt werden würden, hat sich nicht im vollen Maße erfüllt, aber es ist doch schon ein Ergebniß nach dieser Richtung hin vorhanden und die Konkurrenz wird in dieser Beziehung noch ein Weiteres thun. Es ist durchaus nicht richtig, solche Kalamitäten, wie die der westfälischen Kohlenindustrie, auf die Tariferhöhung zurückzuführen; diese werden auch durch die Tariferniedrigung nicht sofort gehoben werden. Die Regierung wird sich stets bestreben, nach Möglichkeit solche Nothstände zu lindern, aber dies durch einen so generellen Antrag, wie es der Abg. Hammacher will, zu thun, wäre äußerst bedenklich, da man absolut nicht die Konsequenzen übersehen kann. Der jetzige Zeitpunkt ist aber um so weniger geeignet zu solchen Schritten, als am nächsten Montag im Handelsministerium eine Versammlung der Vertreter sämmtlicher deutschen Eisenbahnen behufs Aufstellung eines einheitlichen Tarifsatzes zusammentreten wird. Wie es mit allen solchen Sachen in der öffentlichen Meinung geht, können Sie daraus ersehen, daß, während man die Tarifeinheit als einen großen Segen für die deutschen Eisenbahnen gepriesen hat, viele Blätter dieselbe jetzt als nichts weiter denn ein Ideal bezeichnen und erklären, daß es vollständig gleichgültig sei, ob man 20,000 Tarife habe, wenn sie nur den vorhandenen speziellen Bedürfnissen entsprächen. So ist es auch mit der Frage der Tariferhöhung gegangen. Ich kann nur bitten, jenem kategorischen Antrag, der die Regierung zwingen will, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse generell eine Erniedrigung vorzunehmen, nicht Ihre Zustimmung zu ertheilen. Wollen Sie ihn in die Budgetkommission verweisen, so kann ich ja nicht widersprechen, aber ich glaube nicht, daß etwas dabei herauskommen wird. Seien Sie überzeugt, daß auch so mein ganzes Bestreben dahin gehen wird, möglichst den Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Abg. v. Wedell-Malchow: Ich pflege nicht in allgemeine Klagen wie die über unsere jetzige wirthschaftliche Krisis einzustimmen, wenn ich nicht glaube, bestimmt den Punkt angeben zu können, wo Remedur geschafft werden kann. Nun bin ich in der That der Meinung, daß billige und gerechte Tarife den Verkehr sehr heben, da für viele Industriezweige eine Frachtdifferenz allein dafür entscheidend ist, ob dieselben überhaupt produziren können oder nicht. Ich bin auch nicht der Ansicht, welche gestern der Abg. Richter als die seinige ausgesprochen hat, daß die Staatsregierung bei einer solchen Kalamität die Hände in den Schooß legen soll, sondern sie hat die Pflicht zu prüfen, ob sie dagegen irgendwie Hilfe schaffen kann. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb ich den Antrag Hammacher befürworte. Ich verkenne die finanzielle Tragweite der empfohlenen Maßregel keineswegs, aber ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß bedeutende Ersparnisse in Material und Personal gemacht sind, so daß z. B. die dreiprozentige Rente der Magdeburg-Halberstädter Bahn sechs Prozent gebracht hat, und daß deshalb die früher verstatteten Tariferhöhungen nicht mehr nöthig sind. Ich meine auch, daß der durch eine Thrifermäßigung herbeigeführte Ausfall durch die dadurch hervorgerufene Verkehrserhöhung gedeckt wird. Jedenfalls wird man bei der demnächstigen Normirung der Maximaltarife große Vorsicht anwenden müssen, damit die Intentionen des Ministers erreicht werden. Um den Handelsminister gegen den allerdings berechtigten Widerstand der Privatbahnen gegen die Ermäßigung der Tarife zu stärken, muß ihm die Autorität dieses Hauses zur Seite stehen, welche zum Ausdruck kommt, entweder durch Annahme des Antrages, oder durch Ueberweisung an den Minister zur dringenden Erwägung. Ich beantrage prinzipaliter die Ueberweisung des Antrages an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Richter (Hagen): Die bisherigen Ausführungen sind wohl darauf berechnet gewesen, auf die demnächst hier zusammentretenden Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltungen einen Einfluß zu üben, und aus demselben Grunde bin ich genöthigt, Einiges sofort zu repliziren. Ich meine, die bevorstehende Tarifreform ist ein überaus erfreuliches Ereigniß und verdient mehr Anerkennung, als die kühle Haltung der Vorredner gezeigt hat. Daß sich hierüber sämmtliche deutsche Bahnverwaltungen geeinigt haben, giebt einen klaren Beweis dafür, daß in Deutschland eine Reform im Eisenbahnwesen auch auf anderer Grundlage stattfinden kann, als auf der Grundlage des Reichseisenbahnprojektes. Darüber müssen sich auch die Feinde dieses Projektes umsomehr freuen, da man jetzt das Bismarck'sche Projekt als vollständig gescheitert betrachten muß. Seit der letzten Debatte über dieses Projekt in diesem Hause ist eine größere Kundgebung für dasselbe nicht mehr erfolgt. Es hat eine Reichstagssession stattgefunden, und man hat sich wohl gehütet, dort die Sache in Anregung zu bringen, weil der Erfolg mehr als zweifelhaft war. Der deutsche Handelstag hat trotz der Bemühungen des Abg. Hammacher eine Beschlußfassung über diese Angelegenheit abgelehnt. Dasselbe that der volkswirthschaftliche Kongreß, der in Bremen, einer dem Projekte günstig gesinnten Stadt, tagte. Kühl bis ans Herz hinan hat sich die deutsche Nation gerade in ihren sachverständigen Kreisen gegen dieses Projekt verhalten. Durch die letzten Reichstagswahlen sind die Anhänger des Reichseisenbahnprojekts in die entschiedene Minorität gekommen, so daß die Regierung sich wohl hüten wird, eine entsprechende Vorlage zu machen. Auch im Bundesrathe hat die Angelegenheit an Sympathien nicht gewonnen. Wenn jetzt angeblich Berechnungen über den Kaufwerth preußischer Bahnen stattfinden, so mag dies formell richtig sein, thatsächlich aber wird dabei die für den Ankauf von Privatbahnen günstige Zeit immer mehr verpaßt. Auf kleine Summen kommt es in einer so großen Frage ja überhaupt nicht an. Die Reform ist auch nach einer anderen Seite hin bedeutsam. Die Anregung zu derselben ist von den Privatbahnen ausgegangen. Der preußische Handelsminister hat sich gegen dieselbe anfangs sehr kühl verhalten, allmälig hat sich sein Interesse vermehrt und in dem jetzigen Stadium hat er sich allerdings um dieselbe erhebliche Verdienste erworben. Gar keine Verdienste hat sich aber erworben der Präsident des Reichseisenbahnamtes Maybach, der sich persönlich gegen die Reform indifferent und in seiner offiziösen Presse feindlich verhalten hat. Das Reichseisenbahnamt hat wieder gezeigt, daß es unnütz ist, so lange der Dualismus besteht und nicht der preußische Handelsminister an seiner Spitze steht, so lange ist es nur dazu da, die Eisenbahnverwaltungen zu vexiren und noch mehr Schaden zu verursachen, als bereits vorhanden ist. (Sehr richtig!) In demselben Stadium hat sich die Sache schon einmal vor Eintritt des Herrn Maybach in das Reichseisenbahnamt befunden und ähnliche Konferenzen zur Klassifizirung der Güter unter die einzelnen Tarife waren damals geplant. Es ist richtig, daß die Stimmung in den kaufmännischen und gewerblichen Kreisen in Bezug auf Tarifeinheit in dem Maße sich verändert hat, als man der Sache praktisch näher gekommen ist. Für das elsaß-lothringische sog. natürliche System, für welches vor drei Jahren viele schwärmten, hat in Norddeutschland Niemand mehr Interesse. Man sieht in Handelskreisen ein, daß eine Tarifeinheit auf der einen Seite Tarifermäßigung und auf der andern Seite eine Tariferhöhung im Interesse der Einheit herbeiführen muß. Von der Tarifeinheit ist die Entwickelung historisch ausgegangen und ist durch fortwährende Ermäßigungen zur Tarifvielheit gekommen, so daß man bei der Rückkehr zur Tarifeinheit prüfen muß, wie weit die Tarifvielheit noch historisch berechtigt ist. Bis zu diesem Grade ist die Tarifeinheit ein überaus wünschenswerthes Ereigniß. Die stattgehabten Konferenzen von Sachverständigen lassen zweifelhaft erscheinen, ob nicht zwei Stückgutklassen und vier Spezialklassen wünschenswerth sind Jedenfalls möchte ich den Minister ersuchen, im Interesse der Verwohlfeilerung in der Zulassung von Ausnahmetarifen nicht zu karg zu sein. Was die Tariferhöhung von 1874 betrifft, so ist nicht nur die Regierung, sondern auch das Haus für dieselbe verantwortlich. Wenn der Abg. Hammacher mit seinem großen Einfluß damals ein so entschiedener Gegner gewesen wäre, so war er verpflichtet zu opponiren; nachher klug zu sein, ist sehr leicht. Allerdings wäre die Tariferhöhung im Jahre 1872 besser am Platze gewesen, als aber später die Preise für die Bedürfnisse der Eisenbahnen sich erheblich erhöht hatten, konnte man den Eisenbahnen die Erlaubniß nicht versagen, auch die Transportpreise zu erhöhen, ohne eine noch stärkere Deroute im Eisenbahnwesen hervorzurufen. Allerdings sind Kohlen und Eisen auch für die Eisenbahnen jetzt billiger geworden. Viele Industriezweige können die höheren Transportpreise heute noch weniger vertragen; die Eisenbahnen würden besser thun billig zu transportiren, anstatt den Transport überhaupt zu gefährden, und manche Eisenbahnen gehen auch aus eigenem Antrieb herab, andere unter dem sanften Druck des Ministers. Der Bundesrath hat noch vor wenigen Tagen gegen die Regierung die Erwartung ausgesprochen, den Zuschlag aufzuheben, soweit nicht besondere Betriebs- oder Finanzverhältnisse einzelner Bahnen Ausnahmen nöthig machen. Will der Abg. Hammacher etwa solche besondere Verhältnisse nicht berücksichtigen? Er hat doch gerade vor bureaukratisch-schablonisirender Behandlung der Sache gewarnt. Er will den Eisenbahnen Maximaltarife gestatten; Maximaltarife aber kann man nicht so knapp bemessen, daß sie aufhören es zu sein. Der Vorschlag schließt sich auch nicht an die jetzige Tarifreform. Der Abgeordnete Hammacher will ihn nur bis zum Oktober, bis zur Einführung der Tarifreform gelten lassen. Solcher ewige Tarifwechsel erzeugt aber nur Verwirrung. Es ist überhaupt sehr populär, solchen Antrag zu stellen, aus fremdem Leder Schuhe zu schneiden und den Privatbahnen zu dekretiren, billiger zu fahren. Wie verhält sich aber der Vorschlag zum Staatseisenbahnetat? Nach flüchtigem Ueberschlag würde er hier 18 Millionen Mark kosten, die Rentabilität der Staatsbahnen unter 3½ pCt. herabdrücken, so daß sie hinter den Zinsen der Staatseisenbahnanleihen um 1 pCt. zurückbleibt. Wie will der Abg. Hammacher den Ausfall decken? Etwa durch Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer? Das würde die Maßregel in weiteren Kreisen unpopulär machen, als sie jetzt scheinbar populär ist. Die wirthschaftliche Kalamität leugnen wir am wenigsten vom Standpunkt unserer Wahlkreise, aber man soll sich nicht einbilden, hier eine Wünschelruthe zu besitzen, mittels der man erhöhte Werthe schaffen kann. Was das Dekret nach der einen Seite verwohlfeilert, vertheuert es nach der andern, So vertheuern auch die Schutzzölle die Konsumtion. Unter den Besitzern von Bergwerken und Gruben sind verhältnißmäßig mehr reiche Leute als unter den Besitzern von Aktien und Eisenbahnprioritäten. Letztere leiden unter der geringen Rentabilität der Eisenbahnen recht schwer, müssen ihre Lebenshaltung einschränken, können weniger kaufen und wirken dadurch auch auf Einschränkung der Produktion ein. Gerade die Eisenindustrie leidet besonders unter den Einschränkungen der Bestellungen der Eisenbahnverwaltungen. Bureaukratische Behandlung der Tariffragen wird die Eisenbahnen erst recht abschrecken, weitere Anlagen zu machen. Diese Replik, zu der mich der Abg. Hammacher nöthigt, kann den Anschein erwecken, als ob ich mich weniger interessirte für billige Tarife als ein Anderer. Damit das Haus nicht derselben falschen Beurtheilung unterworfen wird, halte ich es für richtiger, den Antrag Hammacher an die Budgetkommission zu verweisen, anstatt ihn einfach abzulehnen. Die Ueberweisung soll aber nicht den Antrag, mit der Autorität der Kommission bekleidet, möglichst rasch wieder vor das Haus bringen. Die Kommission muß den Antrag sehr gründlich nach allen Seiten hin prüfen. Besser, es kommt kein Antrag in das Haus, als ohne solche Prüfung. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich habe wiederholt meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben gehabt, daß ich so selten mit dem Vorredner, dessen hohe Befähigung in wirthschaftlichen Dingen ich anerkenne, in Uebereinstimmung mich befinde. Heute freue ich mich um so mehr, in sehr vielen Punkten einer Meinung mit ihm zu sein; freilich giebt es noch Gebiete, in denen wir erheblich differiren. Er meinte, der Vorgang mit der Tarifreform liefere einen Beweis, daß es mit dem großen Reichseisenbahnprojekt, dessen entschiedener Gegner er ist, nichts sei. Ich kann ihm versichern, daß die betheiligten Instanzen noch heute mit allem Eifer beschäftigt sind, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen. (Hört! hört!) Daß die parlamentarischen Körperschaften noch nicht angerufen sind, eine Entscheidung darüber zu treffen, beruht einfach darauf, daß eine Vorlage von dieser Tragweite wohl vorbereitet sein muß, wenn sie an den Reichstag herantreten soll. So ist denn auch das Reich von seinem Standpunkt aus in dieser Tarifreformfrage keineswegs unthätig geblieben. Ich kann bezeugen, daß in den Ausschüssen des Bundesrathes der Präsident des Reichseisenbahnamtes mit mir dafür plaidirt hat, um endlich auf dem Gebiet des Tarifwesens etwas Entschiedenes zu leisten und dem bisherigen Wirrwar ein Ende zu machen. Das Projekt der Tariffrage ist gleichzeitig an zwei Stellen verhandelt worden. Es ist am 5. und 6. Juni vorigen Jahres in meinem Ministerium eine Konferenz abgehalten worden, worin die Vertreter der einzelnen Staatsbahnen versammelt waren und dieser ist am 21. Juni eine zweite Konferenz gefolgt, worin die Vertreter der namhaftesten Privatbahnen mit dem Resultate der ersteren Verhandlung bekannt gemacht wurden, und diese haben dann ihrerseits vom 4. bis 7. Juli in Harzburg und später am 29. u. 30. Juli in Dresden getagt in Anwesenheit eines staatlichen Vertreters, der jedoch nur ad audiendum zugegen war. Dort wurde konstatirt, daß man im Staatsministerium zu denselben Resultaten in Betreff der hier vorliegenden Frage gelangt sei. (Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 11. Februar.

— **Am Freitag** ist Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, in Potsdam in das 1. Garderegiment zu Fuß eingetreten, um dort praktischen Dienst zu thun. Aus Anlaß dessen bringt die „Nordd. Allgem. Ztg." unterm 10. d. folgende hochoffiziöse Mittheilung:

Se. Majestät der Kaiser und König hat bei der gestern stattgefundenen Einführung Sr. königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm in den aktiven Militärdienst an den Letzteren eine längere hochbedeutsame Ansprache gerichtet, welche auf alle Betheiligten an dem feierlichen Akte tiefsten Eindruck machte und in den betreffenden Sphären lebhaft kommentirt wird. Der Wortlaut der Ansprache soll, wie wir vernehmen, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Seine Majestät entwickelte darin ein Bild der Wirksamkeit des preußischen und deutschen Heeres vom Großen Kurfürsten an bis in die neueste Zeit, daraus die Grundsätze andeutend, welche dem nunmehr in diese Armee tretenden Enkel für diesen Theil seiner Lebensaufgabe voranleuchten sollen. In richtiger Würdigung des scheinbar Kleinen liege die Bürgschaft für das Große; das sei die Richtschnur für die preußische Armee gewesen und solle es bleiben.

— In Bezug auf die im 3. berliner Wahlkreise bevorstehende Nachwahl hatte das nationalliberale Wahlkomite am 4. d. beschlossen, behufs Vermeidung einer Stichwahl und ihrer Wechselfälle den nationalliberalen Wählern des 3. Wahlkreises ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei zu empfehlen und im Einvernehmen mit derselben die Nachwahl an Stelle des Bezirksraths Herz vorzubereiten. In Folge dessen richtete der Vorsitzende dieses Komite's, Sommerfeldt, an den Vorsitzenden des fortschrittlichen Wahlvorstandes, Stadtrath Romstädt, ein Schreiben, worin es hieß:

Die Voraussetzung ist, daß eine Verständigung über einen gemeinsamen Kandidaten der liberalen Partei zu Stande kommt. Als Kandidaten, in Betreff welcher der Versuch zu einer solchen Verständigung Erfolg verspricht, bezeichnet das Komite die Abgeordneten Dr. Petri (Wiesbaden) und Windthorst (Bielefeld), Ehrenbürger Kochhann, Stadtrath Romstädt, Kommerzienrath August Heckmann. Das unterzeichnete Komite würde jedoch nicht in der Lage sein, den nationalliberalen Wählern des 3 Reichswahlkreises ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei zu empfehlen, wenn etwa von derselben Kandidaten proklamirt werden sollten, die durch ihr feindseliges Auftreten gegen die nationalliberale Partei in öffentlichen Versammlungen dieselbe in die Unmöglichkeit versetzt haben, für sie in freier Wahl zu stimmen.

Auf dieses Schreiben hat Stadtrath Romstädt umgehend nachfolgende Antwort ertheilt:

Auf die gefällige Zuschrift vom heutigen Tage beeile ich mich Ihnen mitzutheilen, daß in der gestrigen Vertrauensmänner-Versammlung der Fortschrittspartei beschlossen und der Unterzeichnete beauftragt worden ist, wenn möglich mit der nationalliberalen Partei bei der bevorstehenden Nachwahl in freundschaftlicher Weise zu verhandeln. Es begegnen sich hier die Wünsche beider Parteien und ist das vielleicht ein erfreuliches Zeichen für den Ausfall der Wahl. Es ist ferner beschlossen worden, am nächsten Freitag und Sonntag große Versammlungen abzuhalten, zu denen nur durch die Zeitungen eingeladen wird. In Bezug auf die Kandidaturen soll der bisherige Abgeordnete v. Saucken-Tarputschen den Wählern der Fortschrittspartei empfohlen werden; diese Kandidatur würde jedoch, wie es scheint und wenn ich Ihren Brief recht verstehe, zu denjenigen gehören, welche das nationalliberale Wahlkomite seinen Gesinnungsgenossen nicht empfehlen könnte. Durch Nennung mehrerer Namen Ihrerseits scheint jedoch die Möglichkeit einer Verständigung nicht ausgeschlossen zu sein und es ist durch weitere Verhandlungen vielleicht zu erzielen, daß wir uns über einen gemeinschaftlichen Kandidaten einigen. Ich werde daher nicht säumen und Ihre Beschlüsse dem diesseitigen Vorstande zur Berathung unterbreiten, nöthigenfalls noch eine Sitzung der Vertrauensmänner vor der allgemeinen Versammlung anberaumen und Ihnen demnächst das Resultat der Berathung sofort mittheilen.

Die in diesem Schreiben angekündigte Versammlung der Vertrauensmänner der Fortschrittspartei hat, wie die „Nat.-Ztg." berichtet, am Donnerstag, den 8., Abends stattgefunden. Es war zu derselben durch Karten eingeladen, welche einen Vermerk trugen, dahin gehend, wer nicht erscheine, von dem würde angenommen, daß er aus der Partei ausscheide. In der Versammlung traten die Abgeordneten Ludolf Parisius und Eugen Richter, die im Wahlkreise wohnen und zu den „Vertrauensmännern" gehören, gegen ein Zusammengehen mit der nationalliberalen Partei auf; sie bezeichneten den Vorschlag des nationalliberalen Wahlkomites als ein „Parteimanöver", darauf berechnet, eine Spaltung innerhalb der Fortschrittspartei herbeizuführen. Dem gegenüber sei es von ganz besonderer Wichtigkeit, zusammenzuhalten und bei der einmal aufgestellten Kandidatur zu beharren. Demgemäß wurde denn auch beschlossen, Herrn v. Saucken-Tarputschen der allgemeinen Wählerversammlung am Freitag Abend als alleinigen Kandidaten der Fortschrittspartei in Vorschlag zu bringen, was denn auch in der betreffenden Versammlung, die sehr stürmisch verlief, geschehen ist.

Ψ **Deutsch-Crone**, 10. Februar. [Einführung des Pfarrers Lizak.] Die nach dem im April v. J. erfolgten Ableben des Pfarrers Tuczynski in Schrotz erledigte Pfarrstelle wurde seitens der königlichen Patronatsbehörde dem Pfarrer Lizak in Pieranie, wo am zweiten Pfingstfeiertage vorigen Jahres der Landfriedensbruch stattfand, verliehen. Im verwichenen Monat berichteten bereits die öffentlichen Blätter, daß die Einführung des Pfarrers Lizak erfolgt sei und hierbei arge Ausschreitungen vorgekommen seien, daß ferner dem Pfarrer Lizak eine Menge Drohbriefe zugegangen wären, auch die Kirchenvorstände und die Kirchengemeinde-Vertretungen von Schrotz und der Filialgemeinde Rosenfelde sich bewogen gefunden hätten, an den Pfarrer Lizak ein Abmahnungsschreiben zu richten, deshalb befürchtete man in der That bei der Einführung des Pfarrers Lizak die ärgsten Exzesse. — Nichts desto weniger hielt unser energische Landrath, der Freiherr von Ketelholdt es nicht für angethan, außerordentliche Maßnahmen zu treffen. — Er hatte, um das Einführungsgeschäft nicht allzulange aufzuhalten, die Auseinandersetzung mit den Kirchenvorständen und den Erben des früheren Pfarrers, vorher geregelt, hatte zu der heutigen Einführung die Kirchenbehörden beider Gemeinden, etwa 60 Personen an der Zahl, vorgeladen und auch dem bekannten Offizial Frieske in Zippno und dem Vikar Gumprecht in Schrotz Kenntniß gegeben. — Der Pfarrer Lizak war gestern Nachmittag hier eingetroffen; in dem Gasthause bei Herrn Briese befanden sich der Offizial Frieske, der Ortspfarrer Wurst und der Besitzer Bredow, die auf den Pfarrer Lizak zu warten schienen, um auf ihn in letzter Stunde noch einzuwirken. Da der Letztere jedoch jedes Zusammentreffen mit ihnen vermied, so konnten sie diese Absicht nicht ausführen. Um 11 Uhr begann die Verhandlung. Die Kirchenbehörden erkannten die Auseinandersetzungen an. Demnächst verlas der Land

die Ernennungsurkunde des Pfarrer Lizak und befragte ihn, ob er den an ihn gestellten Erwartungen genügen wollte und da dieser das bejahte, so stellte er ihn den Versammelten als den nunmehrigen Pfarrer vor. Offizial Frieske wollte an den Pfarrer Lizak einige Fragen richten — doch der Landrath verweigerte dies und so beschränkte sich der Offizial auf einen allgemeinen Protest. Dem Vikar Gumprecht, der auch protestiren wollte, wurde bemerkt, daß er gar nichts zu protestiren habe und da er die Herausgabe der Kirchenschlüssel verweigerte, so wurde zur Oeffnung der Kirche durch einen Schlosser geschritten. Hier versuchte Frieske nochmals zu protestiren; als aber der Landrath ihm ernstlich bemerkte, daß er keinerlei Anreizung zur Aufregung dulden werde, so forderte Frieske die Anwesenden auf, zu beten und treu im Glauben auszuhalten. Einige Weiber begannen jetzt zu weinen, beruhigten sich aber bald. — So ist durch die Energie und Umsicht unseres Landraths die Einführung des Staatspfarrers Lizak in größter Ruhe durchgeführt worden. Zur Aufrechthaltung der Ruhe reichten drei Gensdarmen vollständig aus. Hoffentlich gelingt es dem Pfarrer Lizak die aufgeregten Gemüther bald zu beruhigen. — Die Klöppel aus den Glocken hat man entfernt und die Kirchenakten hat Vikar Gumprecht an sich genommen und die Herausgabe derselben verweigert. Er wird sich dieserhalb wohl vor dem Staatsanwalt zu verantworten haben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Februar.

— **Feuer**. Gestern Abend 10½ Uhr wurde in der Richtung nach dem Kanonenplatze hin plötzlich ein sehr heller Feuerschein am Himmel sichtbar, so daß Mancher wohl geglaubt haben mag, Heu- oder Strohvorräthe auf dem Grundstücke des königlichen Proviantamtes ständen in Flammen. Ebenso rasch, wie der starke Feuerschein entstanden war, verschwand er auch wieder, so daß er nach einer Viertelstunde, nachdem der Feuerlärm begonnen hatte, überhaupt nicht mehr sichtbar war, und viele Personen, die nach der Brandstätte eilen wollten, bereits auf halbem Wege umkehrten. Das mit Schindeln gedeckte Dach eines der niedrigen alten Häuser in der Nähe der St. Adalbertskirche ist niedergebrannt. Das Feuer wurde durch die Mannschaften der Feuerwache, des Rettungsvereins ꝛc. sehr bald gelöscht. Auf der Brandstätte war auch der Polizeipräsident Staudy anwesend.

— **Standesamt der Stadt Posen.** In der Woche vom 4. bis 10. Februar d. J. sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

1) 41 Geburten (19 weniger als in vorhergehender Woche) und zwar 12 männliche und 29 weibliche, darunter 6 uneheliche und Zwillingsgeburt.

2) 32 Sterbefälle (also 12 weniger als in voriger Woche). Die Zahl der Geburten überragt daher die der Sterbefälle um 9. Von den Gestorbenen waren 11 männlich, 29 weiblich und befanden sich darunter 13 Kinder unter 1 Jahre und 4 Todtgeburten.

3) 15 Eheschließungen. Von diesen waren: 3 rein evangelisch, d. h. beide Theile evangelisch, 8 rein katholisch, 1 rein mosaisch. Bei 3 Mischehen war die Frau katholisch und der Mann evangelisch. 10 der Geborenen stammen aus evangelischen, 24 aus katholischen, 3 aus mosaischen und 4 aus gemischten Ehen. Von den 32 Gestorbenen waren 5 evangelisch, 25 katholisch, 2 mosaisch.

n. **Meseritz**, 7. Februar. [Im Backofen verbrannt.] Ein Knabe von hier, um den sich seine Eltern wenig kümmerten und der sich seit längerer Zeit in der Gegend umhertrieb, hatte vorgestern Abend im benachbarten Dorfe Pieske in einem Backofen unbemerkt sein Nachtquartier aufgeschlagen. Gestern in der sechsten Morgenstunde wollte die betreffende Wirthin den Backofen zum Backen heizen, zündete das seit einigen Tagen darin befindlich gewesene Holz ahnungslos an und als sie nach fast einer Stunde wieder nach dem Feuer sah, entdeckte sie darin zu ihrem nicht geringen Schrecken den bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Körper jenes Knaben.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 10. Februar. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. Februar.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mk. berechnet	Mk.	554,566,000	Zun.	2,622,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	„	45,865,000	Zun.	679,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	„	21,539,000	Zun.	1,817,000
4) Bestand an Wechseln	„	360,023,000	Abn.	15,105,000
5) Bestand an Lombardforderungen	„	49,386,000	Abn.	1,859,000
6) Bestand an Effekten	„	592,000	Zun.	171,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	„	20,786,000	Abn.	4,493,000

Passiva.

8) das Grundkapital	Mk.	120,000,000	unverändert.	
9) der Reservefonds	„	12,000,000	unverändert.	
10) der Betrag der umlaufenden Noten	„	707,950,000	Abn.	21,702,000
11) die sonstigen täglich fäll. Verbindlichkeiten	„	166,750,000	Zun.	16,562,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten	„	35,248,000	Abn.	6,805,000
13) die sonstigen Passiva.	„	843,000	Abn.	4,346,000

Die obige Wochen-Uebersicht zeigt eine sehr bedeutende Zunahme in den Baarmitteln der Bank und zwar hat der Metallbestand um 2,622,000 Mark zugenommen, der Bestand an Reichskassenscheinen um 679,000 M., der Bestand an Noten anderer Banken um 1,817,000 M., gleichzeitig hat sich der Notenumlauf um 21,702,000 M. vermindert. Diese bedeutende Vermehrung der Baarmittel des Instituts findet in dem Rückgang der Wechsel-Anlagen um 15,105,000 M., in der Abnahme der Lombard-Bestände um 1,859,000 M. und in der Zunahme der Giro-Anlage um 16,562,000 M. eine ausreichende Erklärung.

** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 8,000,000 M.:

Auf Grund der durch das Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung vom 27. Januar 1875 (Reichs-Gesetzblatt Seite 18) mir ertheilten Ermächtigung habe ich bestimmt, daß zur Bestreitung von einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung an Stelle der laut Bekanntmachung vom 17. November v. J. Ziffer 2 (Reichs-Gesetzblatt für 1877 S. 8) zu demselben Zweck ausgefertigten, am 17. d. M. fällig werdenden Reichs-Schatzanweisungen (Serie II von 1876) wiederum verzinsliche Schatzanweisungen im Gesammtbetrage von acht Millionen Mark, und zwar in Abschnitten von je eintausend, zehntausend, fünfzigtausend und einhunderttausend Mark (Serie II. der Reichs-Schatzanweisungen vom Jahre 1877) ausgegeben werden. Den Zinssatz dieser Schatzanweisungen habe ich auf drei Prozent für das Jahr, und die Dauer ihrer Umlaufszeit auf vier Monate, nämlich vom 15. Februar bis 15. Juni 1877 festgesetzt.

Die Reichs-Schuldenverwaltung ist wegen Ausfertigung der Schatzanweisungen mit näherer Anweisung versehen worden.

Berlin, den 9. Februar 1877.

Der Reichskanzler.
Fürst von Bismarck.

** **Wien**, 10. Februar. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 29. Januar bis 4. Februar 1,191,923 Fl. gegen 1,059,139 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenmehreinnahme 132,783 Fl.

Die Einnahme des italienischen Netzes in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar betrug 619,980 Fl., die Mehreinnahme desselben 40,776 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar d. J. 169,631 Fl., die Gesammtmehreinnahme des österreichischen Netzes seit 1. Januar d. J. 472,423 Fl.

** **Wien**, 11. Februar. Der „Presse“ zufolge ist die von dem ungarischen Finanzminister Szell mit der Rothschild-Kreditanstalt-Gruppe eingeleitete neue Finanzoperation dem Abschlusse nahe. Dieselbe betrifft einen Vorschuß auf Prioritäten der Eisenbahn-Investirungs-Anleihe.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 10. Febr. Der „Staatsanzeiger“ bringt eine Erklärung, wonach die sich in einigen Blättern findende Behauptung, daß die würtembergische Regierung die Gründung einer bundesstaatlichen Fraktion im Reichstag begünstige, jeder Begründung entbehrt.

Pest, 10. Februar. [Sitzung des Unterhauses.] Nach Verlesung einer Zuschrift des Ministerpräsidenten Tisza, in welcher mitgetheilt wird, daß das Ministerium seine Demission gegeben und daß der Kaiser dieselbe am 8. d. M. angenommen, motivirte Tisza persönlich dieses Entlassungsgesuch und konstatirte unter Rekapitulation der ganzen Ausgleichsverhandlungen:

Daß letztere bei der Frage wegen Konstituirung des Zentral-Organs der Nationalbank gescheitert seien. Die ungarische Regierung sei hierbei Anforderungen begegnet, welche sie nach ihrer Ansicht ohne Schädigung des staatlichen Ansehens nicht hätte akzeptiren können. Sie habe demnach versuchen müssen, ob sie nicht die Errichtung einer selbstständigen Bank in Angriff nehmen konnte. Niemand habe das Recht des Landes hierzu angezweifelt und wenn dies geschehen wäre, so hätte der König von Ungarn, vereint mit der Nation dieses Recht vertheidigt. Allein die Bedenken des um das Wohl der Monarchie und des Landes besorgten Fürsten seien so groß gewesen, daß das Ministerium dieselben nicht habe beseitigen können. Die Regierung habe daher ihre Entlassung gegeben und ersuche das Haus die Sitzungen zu suspendiren, bis der Kaiser bezüglich der neuen Regierung Anordnungen getroffen habe. Die Entscheidung werde nicht lange ausbleiben, da der König schon heute mit mehreren, in allgemeiner Achtung stehenden Persönlichkeiten konferirte.

Die Sitzungen wurden hierauf vertagt.

Wien, 10. Februar. Wie der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad gemeldet wird, haben bis jetzt drei Konferenzen zwischen dem Ministerpräsidenten Ristitsch und dem Vertreter der Pforte, Pertew, stattgefunden. In denselben sei über folgende Punkte der seitens der Pforte für die Verhandlungen aufgestellten Grundlagen: Die Salutirung der türkischen Flagge, die Erhaltung der serbischen Festungen gemäß dem Ferman von 1867, die Verpflichtung der serbischen Regierung, die Bildung bewaffneter Banden auf serbischem Gebiete und deren Uebertritt auf türkisches Gebiet zu verhindern, volle Einigung erzielt worden. In Bezug auf die übrigen Punkte hole Pertew weitere Instruktionen von seiner Regierung ein, welche voraussichtlich heute oder morgen eintreffen würden. Nach der Feststellung der Präliminarien dürfte Philipp Christits sich mit zwei Sekretären zu den difinitiven Friedensverhandlungen nach Konstantinopel begeben. — Der „Köln. Ztg.“ wird von hier gemeldet, Safvet Pascha habe ein neues Rundschreiben an die Vertreter der Pforte im Auslande erlassen. In demselben werde den Vertretern der Pforte mitgetheilt, daß auf Befehl des Sultans die Wahlen zum Parlament und der Zusammentritt des letzteren beschleunigt werden sollen.

Petersburg, 10. Febr. Nach einer Mittheilung der Redaktion des „Golos“ ist die Verordnung des Ministers des Innern, welche den Einzelverkauf des „Golos“ verbietet, wegen eines Feuilleton-Artikels über das Schulwesen in der Nr. 19 und wegen eines Leitartikels über das Gerichtswesen in der Nr. 22 des Blattes erfolgt.

Petersburg, 11. Februar. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, wonach anläßlich des nunmehr 50jährigen Bestehens der am 28. Januar 1827 a. St. vom Kaiser Nicolaus gegründeten akademischen Marinekurse die letzteren fortan die Bezeichnung „Nicolajew'sche Marine-Akademie“ führen sollen. Zugleich werden die vom Kaiser anläßlich dieser Feier an die gedachte Lehranstalt, sowie an deren Ehrenpräsidenten, den Großfürsten Konstantin, gerichteten Schreiben veröffentlicht. — Der „Golos“ widmet den Beschwerden der deutschen Presse über die deutschfeindliche Stimmung russischer Blätter eine eingehende Erörterung und schließt den betreffenden Artikel mit den Worten: Die innigste Freundschaft, die wir mehr und mehr zwischen beiden Mächten befestigt zu sehen wünschen, sind kein Hinderniß für die Selbstständigkeit und Freiheit der internationalen Aktion, welche Deutschland für sich beansprucht und welche wir auch für unser Vaterland wünschen.

Athen, 10. Februar. Die Deputirtenkammer hat gestern die Berathung über das Ordinarium des Kriegsbudgets begonnen. Im Laufe der Debatten erklärte der Ministerpräsident Comunduros, daß die getroffenen militärischen Vorbereitungen nothwendig seien. Eine Verlängerung der Kammerarbeiten nach der Erledigung des Budgets wäre erforderlich. Endlich betonte der Minister, daß das Interesse des Landes sowie die Politik des Ministeriums, welche auf Aufrechterhaltung der Neutralität Griechenlands gerichtet seien, für die Ruhe in den angrenzenden Provinzen bürgten.

Madrid, 10. Febr. Das nunmehr publizirte k. Dekret, wodurch der Senat aufgelöst wird, setzt die Neuwahlen auf den 5. April an.

Newyork, 10. Febr. Der Dampfer „Helvetia“ von der National-Dampfschiffskompagnie (E. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Newyork, 11. Febr. Der Dampfer „Bavaria“ der Hamburg-Amerikanischen Packetschifffahrt-Aktien-Gesellschaft ist, hier eingegangenen Nachrichten zufolge, am 6. d. M. auf der Fahrt von New-Orleans nach Liverpool auf offenem Meere verbrannt. Die Passagiere und die Mannschaft wurden gerettet und in Beaufort (Süd-Karolina) gelandet.

Washington, 10. Februar. In der heute Nachmittag stattgehabten gemeinschaftlichen Sitzung des Senates und des Repräsentantenhauses wurde die von der Kommission zur Entscheidung der Präsidentenwahl in Bezug auf die Wahlmännerwahl in Florida getroffene Entschließung vorgelegt. Gegen dieselbe wurden von sechs Mitgliedern des Senats und etwa zwölf Mitgliedern des Repräsentantenhauses schriftliche Einwendungen erhoben. Der Senat ertheilte dem Beschlusse der Kommission indeß alsbald seine Zustimmung, das Repräsentantenhaus vertagte sich, ohne zu einer Entschließung zu kommen, bis nächsten Montag.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course

Berlin, 11. Februar. Privatverkehr. Kreditaktien 244, 50 a 246, 50 a 245, 50, Franzosen 400, 50 a 402, 00 a 401, 50, Lombarden 130, 50 a 131,00. 1860er Loose 98,75, Silberrente 56,10, Papierrente 51,90, Goldrente 61,,00, Italiener 72,40, 5proz. Türken 12,40, Rumänier 13, 60, Rumänier Stamm-Pr. 56,50, 5proz. Amerik. —, —, Köln-Mindener Bahn 100, 50 a 100,60, Bergisch-Märkische Bahn 78, 40, Rheinische Bahn 108, 75, Galizier 87, 75 a 87, 90, Laurahütte 65, 90 a 66, 00, Darmstädter Bank —, —, Diskonto-Kommandit 109, 50 a 109, 75, Deutsche Bank 85,50, Reichsbank —, 5proz. Russen 82, 75 a 82,90. Ziemlich fest, geringes Geschäft.

Nachbörse: Laurahütte 65,75.

Frankfurt a. M., 10. Februar. Ziemlich fest, beschrankte Umsätze.

[Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204,60. Pariser Wechsel 81, 40. Wiener Wechsel 165, 55. Böhmische Westbahn 140½. Elisabethbahn 111¼. Galizier 175½. Franzosen*) 201. Lombarden*) 66. Nordwestbahn 94¾. Silberrente 56⅝. Papierrente 52. Russische Bodenkredit 80½. Russen 1872 84⅝. Amerikaner 1885 102¼. 1860er Loose 99. 1864er Loose 259, 80. Kreditaktien*) 123. Oesterr. Nationalbank 699, 00. Darmst. Bank 100⅝. Berliner Bankver. —. Frankf. Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 71, Hess. Ludwigsbahn 96. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 141, 00, Ung. Schatzanw. alt 83½. do. do. neue 80⅞. do. Ostb.-Obl. II. 56¾, Centr.-Pacific —. Reichsbank 157$\frac{13}{16}$. Goldrente 61¼.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 123, Franzosen 201, Galizier 175¼, Reichsbank —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Aberts Effekten-Sozietät. Kreditaktien 122½ Franzosen 200½, 1860er Loose 99, Silberrente —, Papierrente — Goldrente 61¼, Galizier 175¼. Reichsbank —, Nationalbank — Ungarische Staatsloose —, —. Schwächer.

Wien, 10. Februar. Spekulationswerthe in Folge der Geschäftsstille abbröckelnd. Renten behauptet, Bahnen fest, besonders Galizier lebhaft, Devisen angeboten, Goldstücke zogen an. Deport für Kreditaktien gering.

[Schlußkurse.] Papierrente 63, 60. Silberrente 68, 60. 1854er Loose 107,50. Nationalbank 838, 00. Nordbahn 1810, 00. Kreditaktien 149, 00. Franzosen 243, 50. Galizier 212, 75. Kasch.-Oderberg 86, 00 Pardubitzer —, —. Nordwestb. 116, 00. Nordwestb. Lit. B. —. —. London 123, 25. Hamburg 59, 95. Paris 48, 90. Frankfurt 59, 95 Amsterdam 102, 25 Böhm. Westbahn —. —. Kreditloose 162, 50. 1860er Loose 111, 50. Lomb. Eisenb. 78, 25. 1864er Loose 134, 70 Unionbank 54, 00. Anglo-Austr. 77, 50. Napoleons 9,83½. Dukaten 5, 88. Silbercoup. 114, 45. Elisabethbahn 135, 00. Ung. Prämienanl. 73, 70. Marknoten 60, 40.

Türkische Loose 18, 00. Goldrente 74, 45.

Wien, 10. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 148, 80, Franzosen 243, 50, Lombarden 78, 50, Galizier 212, 00, Anglo-Austr. 77, 50, Silberrente —, —, Papierrente 63, 00, Goldrente 74, 30, Marknoten 60, 40, Nationalbank —, —, Napoleons 9, 83½. Ganz geschäftslos.

Paris, 10. Februar. Fest und belebt.

[Schlußkurse.] 3pCt. Rente 73, 12½, Anleihe de 1872 106, 30 Italienische 5proz. Rente 72,15, do. Tabaksaktien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Franzosen 496, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 168, 75, do. Prioritäten 233, 00, Türken de 1865 12, 32½. do. de 1869 66, 00, Türkenloose 36, 25.

Crédit mobilier 160, Spanier extér. 11½, do. intér. 10¼, Suezkanal-Aktien 670, Banque ottomane 381, Societe generale 525 Credit foncier 617, Egypter —. Wechsel auf London 25 14

London, 10. Februar. Konsols 95$\frac{15}{16}$. Italien. 5proz. Rente 71½, Lombarden 6$\frac{9}{16}$. 3prozent. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue — 5proz. Russen de 1871 —. do do. 1872 —. do. 1873 82¾. Silber 57. Türk. Anleihe de 1865 12⅛. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105⅝ do 5proz. fund. 107⅝. Oesterr. Silberrente — Oesterr. Papierrente — 6proz. ungar. Schatzbonds 82. 6proz. ung. Schatzbonds II Emiss. —, 6proz. Peruaner 18⅜ Spanier 11⅛. Platzdiskont 1½ pCt.

Aus der Bank flossen heute 10,000, Pfd. Sterling.

Newyork, 9. Februar. (Schlußkurse.) Höchste Notirung des Goldagios 5⅞, niedrigste 5¾. Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 C. Goldagio 5⅝. 5/20 Bonds per 1885 108⅞. do. 5proz. fundirte 110⅞. 5/20 Bonds per 1887 113 Erie-Bahn 8½. Zentral-Pacific 107½. Newyork Zentralbahn 101.

Produkten-Course.

Danzig, 10. Februar. Getreide-Börse. Wetter: schwacher Frost und klare Luft. Wind: West.

Weizen loko fand auch am heutigen Markte eine flaue Stimmung vor, und zu nur schwach gegen gestern behaupteten Preisen sind mühsam 150 Tonnen verkauft. Bezahlt wurde für Sommer- 130 Pfd. 208 M., 133 Pfd. 210 M, bezogen 125 Pfd. 195 M., glasig bunt 131 Pfd. 213, 132 Pfd. 214 M., hellbunt 127 Pfd. 214 M., hochbunt glasig 131, 132 Pfd. 216, 218 M., weiß 127 Pfd. 218 M., 129, 132 Pfd. 219, 220 M. per Tonne. Termine geschäftslos, April-Mai 214 M. Br., 210 M. G., Mai-Juni 215 M. Br., 212 M. G., Juni-Juli 216 M. G. Regulirungspreis 210 M.

Roggen loko fest, 122 Pfd. 166 M 126 Pfd. 169 M. per Tonne für inländischen ezahlt. Termine russischer März-April 153 M. Br., unterpolnischer April-Mai 163 M. Br., Mai-Juni 165 M. Br. Regulirungspreis 159 M. — Gerste loko kleine 106 Pfd. 106/7 Pfd. 142, 143 M. per Tonne bezahtt. — Erbsen loko ohne Umsatz. Termine Futter- April-Mai 137 M. Br. — Lupinen loko blaue zu 95 M. per Tonne verkauft. — Spiritus loko mit 52 M. bezahlt. — Petroleum loko in Waggonladuugen 21 M. bei Original-Tara und 22 M. bei 20 Prozent Tara bezahlt.

Hamburg, 10. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko flau, auf Termine matt. Roggen loko flau, auf Termine matt. Weizen pr. April-Mai 218½ Br., 217½ Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 221 Br., 220 Gd. Roggen pr. April-Mai 159 Br., 158 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 160 Br., 159 Gd. Hafer still, Gerste matt. Rüböl still, loko 75, pr. Mai pr. 200 Pfd. 74½ Spiritus unv., pr. Ferbuar 44½, pr. März-April 44¼ pr. Mai-Juni 44¼, pr Juli-August pr. 100 Liter 100 pCt. 46. Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack. Petroleum beh.. Standard white loko 17,75 Br. 17, 50 Gd., pr. Februar 17,50 Gd, pr. August-Dezember 17, 50 Br.

Bremen, 10. Februar. Petroleum ruhig. (Schlußbericht) Standard white loko 17, 65, pr. Februar —, —, März —, —. pr. April —, —.

Köln, 10. Februar. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 24. 00, fremder loko 22, 00. pr. März 21 65. pr Mai 22, 20 Roggen, hiesiger loko 17, 75. pr. März 15, 60, pr. Mai 16, 05 Hafer loko 17, 00, pr. März 16, 30, pr. Mai 16, 10 Rüböl, loko 39, 00, pr. Mai 37, 10, pr. Oktober 35, 00

Paris, 10. Februar. Rohzucker beh., Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82, 50, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82, 50, Weißer Zucker matt., Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Februar 84, 25, pr. März 84, 50, pr. April 84, 50, pr. Mai-August 84, 50.

London, 10. Februar. Havannazucker 29½ a 30.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Februar. **Wind:** NW. **Barometer:** 28. — **Thermometer** 6° R. **Witterung:** Regen.

Weizen loko per 1000 Kilogr. M. [bunt poln. 216—222 ab Bahn bez.] 195—235 nach Qual. gef., weiß per diesen Monat, April-Mai 221,00—220,5 bez., Mai-Juni 222,5—221,00 bez., Juni-Juli 223,00—222,5 bez. — **Roggen** loko per 1000 Kilogr. 158—184 nach Qualität gef., russischer 161—162 ab Boden bez., neuer do. und poln. 158—166,5 neuer inl. 176—184 ab Bahn bez., def. und russ. — bez., per diesen Monat 161,5 nom., per Febuar-März do., per April-Mai 163,00—162,5 bez., Mai-Juni 161,00—160,5 bez., Juni-Juli 160,5—160,00 bez. — **Gerste** loko 1000 Kilogr. M. 127—183 nach Qualität gef. — **Hafer** loko 1000 Kilgr. 120—168 nach Qual. gef., ost- und westpreuß. 135—155, russischer 125—150, neuer pommerscher 160—163, neuer schles. 153—162, galiz. —, böhm. 155—162, ungar. 137—140 ab Bahn bez., defekter — bez. per diesen Monat, April-Mai 153,5 bis 153,00 bez., Mai-Juni 154,5—154,00 bez., Juni-Juli 155,00 bez. — **Erbsen** per 1000 Kilgr. Kochwaare 150—186 nach Qualität, Futterwaare 135—147 nach Qual. — **Raps** p 1000 Kilogr. —. — **Rübsen** —. — **Leinöl** loko per 100 Kilo 100 Kilo ohne Faß 61,00 M. — **Rüböl** per 100 Kilogr. loko mit Faß 73,9 bez., per diesen Monat 74,00—73,9—74,00 bez., Februar-März do., April-Mai 74,00—73,9—74,00 bez., Mai-Juni 73,00 bez., Juni-Juli —, per September-Oktober 69,2bez., Oktober-November do. —. — **Petroleum** (raff.) (Stand. white) 100 Kilogr. mit Faß loko 43,00 bez., per diesen Monat 36,2—36,5—36,3 bez., per Februar-März 33,8—33,00 bez., per März-April —, April-Mai —. — **Spiritus** per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 53,9—54,00 bez., per diesen Monat, 54,3—54 5 Februar-März do., März-April, April-Mai 56,3—56,1—56,2 bez., per Mai-Juni 56,6—56,4—56,5 bez., per Juni-Juli 57,5 bez., per Juli-August 58,5 bez., per August-September 59,00 bez. — **Mais** per 1000 [Kilo loko neuer ... alter 130—138 nach Qual. gef., neuer] Mold. 126—127 ab Bahn bez., alter do., neuer ung. —. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack p. diesen Monat 23,40—23,35 bez., Februar-März 23,10 bez., März-April 23,10 bez., April-Mai 23,00 bez., Mai-Juni 23,00 bez., Juni-Juli 23,00 bez. — **Mehl** Nr. 0 29,00—27,00, Nr. 0 und 1 27,00—26,50, Roggenmehl Nr. 0 26,00—24,00, Nr. 0 und 1. 23,50—22,50 per 100 Kil. Brutto inkl. Sack. (B.- u. H.-Z.)

Stettin, 10. Februar. An der Börse. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Schneetreiben. + 4 Grad R. Barometer 27,10. **Wind:** SW

Weizen matt, per 1000 Kilo loko gelber 175—207 M., feiner 210 bis 217 M., per Frühjahr 219 M. bez., per Mai-Juni 221—221,5 M. bez., per Juni-Juli 223,5 M. bz., pr. Juli-August 225 M. bez — Roggen matt, per 1000 Kilo inländischer 180—183 M., russischer alter 155—158 M., neuer 158—163 M., per Frühjahr 158—157,5 M. bez., per Mai-Juni 158—157,5 M. bez., per Juni-Juli do. — Gerste stille, per 1000 Kilo loko Malz- 158—166 M., Futter- 125—135 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loko 140—158 M., — Erbsen stille, per 1000 Kilo loko Futter- 143—148 M., Koch- 150—152 M., per Frühjahr 150 M. Br., 149 M. G. — Winterrübsen behauptet, per 1000 Kilo per September-Oktober. 305 M. Gd. — Rüböl geschäftslos, per 1000 Kilo loko ohne Faß flüssiges 74,5 M. Br., per Februar-März 73 M. Br., per April-Mai 74 M. Br. 73,5 M. Gd., per Septbr.-Oktober 68,5 M. Br. — Spiritus Anfang fester, Schluß matter, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 53,2 M. bz., per Februar 53,6 M. Gd., per Frühjahr 55,4—55 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 56,4—56,2 M. bez., 56 M. Br. u. Gd. per Juni-Juli 57 M. Br., per Juli-August 58 M. Br., per August-September 58,5 M. Br. — Ange-meldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 73 M., Spiritus 53,6 M. — Petroleum loko 18,75 M. bez. u. Br., Regulirungspreis 18,5 M.

Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 204—213 M. Roggen 192—195 M., Gerste 160—165 M. Hafer 172—175 M. Erbsen [...] bis 160 M., Kartoffeln 51—57 M., Heu 3—3,75 M. Stroh 51—[...] M. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 10. Februar. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] Kleesaat rothe matt, ord. 50—55, mittel 58—63, fein 66 bis [...] hochf. 75—78. — Kleesaat weiße still, ord. 51—59, mittel 62—[...] fein 72—77, hochf. 79—83. — Roggen (per 2000 Pfd.) [...] Gek. 1000 Ctr. — Abgel. Kündigungssch. —, per Februar u. [...] Febr.-März 152 Br. u. Gd., März-April —, April-Mai 156,50 bez. [...] Gd., Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Weizen 197 Br., [...] April-Mai 205 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, [...] Gek. — Ctr. — Hafer 136 Br., per April-Mai 139 bez u. Br., [...] Mai-Juni 143 bez. Gekündigt — Ctr. — Raps 330 Br., Gek. [...] Ctr. — Rüböl unverändert. Gekündigt — Ctr. Loko 73,00 Br. [...] Febr. u. Febr.-März 72,00 Br., März April —, April-Mai 71,50 Br. [...] 71 Gd., Mai-Juni 71,50 Br., Sept.-Okt 67,50 Br. — Spiritus [...] höher. Gek 5000 Liter, loko 51,00 Br., 50,00 Gd., Februar u. [...] per Februar-März 52,30 Geld, März-April 53 Br., April-Mai 53,[...] bez. u. Br., Mai-Juni —, Juni-Juli 55,80 bez. Zink: Ohne Umsatz. (B. u. H.-Bl.)

Die Börsen-Kommission.

Wasserstand der Warthe

Posen, am 10. Februar Mittags 1,70 Meter.
„ „ 11. „ „ 1,88 „

Berlin, 10. Februar. Der heutige Verkehr eröffnete zwar ziemlich aufgeregt und rasch schwankend, zeigte aber keine besonders umfangreiche Thätigkeit. Kredit-Aktien, welche gestern hoch geschlossen hatten, sollten vor der Börse bis zu 248 M. bezahlt sein, schwankten aber innerhalb der Börse sofort auf 245—246 M. Auch Franzosen zeigten keine scharf ausgesprochene Tendenz und die übrigen Gebiete lagen still, wenngleich ziemlich fest. Die Aeußerungen des Golos hatten auf die fremden Plätze anregend und günstig gewirkt; heute wurde eine angebliche Aeußerung des Fürsten Bismarck, nach welcher der Krieg zwischen Rußland und der Türkei unvermeidlich sein sollte, zur Beeinflussung der Tendenz verwendet. Doch gelang es nicht, einen starken Druck hervorzurufen; die Spekulation hielt sich nur noch zurück, als an den letzten Tagen, und die Umsätze waren in manchen Effekten so gering, daß von einer bestimmten Tendenz kaum die Rede sein konnte. Abgesehen von den schon erwähnten, rasch schwankenden Werthen wurden fremde Renten anfangs als fest, bald aber als abgeschwächt bezeichnet. Der Verkehr blieb sehr klein. Italiener und fremde Looseffekten fest. Ebenso wenig war über die verhältnißmäßig gut behaupteten lokalen Spielpapiere und Bahnen zu berichten. Rumänier matt. Banken und Industriepapiere bei sehr kleinem Geschäft ohne einheitliche Tendenz. Anlagewerthe sehr gut behauptet, doch still. Selbst in preußischen Fonds und Prioritäten ging wenig um. Potsdamer und Anhalter bevorzugt. Fremde Eisenbahn-Obligationen besonders österreichische recht fest; auch fremde Pfandbriefe beliebt. In Loos-Effekten fand bei fester Haltung ein regelmäßiges Geschäft statt. Bahnen ermatteten, besonders rheinische, Märkisch Posener steigend. — Der Verkehr blieb auch in seiner Entwickelung schwerfällig, die Haltung behauptete sich ziemlich fest. Per ultimo notiren wir: Franzosen 402—1 50 etw. 402,50, Lombarden 13[...] bis 1,50—130 50, Kreditaktien 246—5 etw. 2 46, Laurahütte 66,40—bis 6,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 109,90, Stettiner gewannen ¾, Potsdamer ¼, Nordd Eisw. ½ Wilhelmine, Viktoria und Phönix B 1, Anhalter verloren ½, Halberstädter 0,40. Schluß schwächer. 4 pr. Kreisobligationen: 5 prozent. 102 B., 4½ prozent. 99,60 bez., [...] 93,40 bezahlt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Februar 1877.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,10 bz
do. neue 1876	4	95,90 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,25 bz
Kur- u. Nm. Sch.	3½	92 G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101 G
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,30 bz
do. do.	3½	93 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	101 G
Rheinprovinz do.	4½	101,25 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	101 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,60 bz
do.	5	106,01 bz B
Landsch. Central	4	95,10 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	85,50 bz
do. neue	3½	84,50 bz
do.	4	95,40 bz G
do. neue	4½	102,50 bz
N. Brandbg. Cred.	4	95,40 bz
Ostpreußische	3½	84 G
do.	4	95,40 bz
do.	4½	101,10 B
Pommersche	3½	83,90 bz
do.	4	95,30 bz
do.	4½	102 bz
Posensche, neue	4	94,50 bz
Sächsische	4	96,50 B
Schlesische	3½	84,90 G
do. alte A. u. C.	4	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. ritterseh.	3½	82,75 bz
do.	4	93,90 G
do.	4½	101,40 bz
do. II. Serie	5	106,25 bz
do. neue	4	
do.	4½	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	95,60 bz
Pommersche	4	95,25 bz
Posensche	4	95 bz
Preußische	4	95,10 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	97,75 bz
Sächsische	4	95,75 bz
Schlesische	4	95,70 G
Souvereigens		20,35 G
Napoleonsd'or		16,25 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18 G
Imperials		
do. 500 Gr.		1397 bz
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,40 G
Oesterr. Banknot.		165,85 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten		255,15 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	144,75 bG
Hess. Prsch. a 40th.	—	252 bz G
Bad. Pr.-A. v. 67	4	122,20 G
do. 35fl.-Obligat.	—	142,25 bz G
Bair. Präm.-Anl.	4	124,25 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	84,20 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	109,75 G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	120,50 B
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	110 bz
do. II. Abth.	5	107,75 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	176,90 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	177,50 bz G
Mecklb. Eisenbsch.	3½	—,—
Meininger Loose	—	19,70 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,90 B
Oldenburg. Loose	3	137,40 bz
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	103,26 bz
do. do.	4½	96,75 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,80 G
Nrdd. Grdcr.-H.A	5	101,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,00 bz G
Pomm. H-B. I. 120	5	105,25 G
„ II. IV. rz. 110	5	102 25 G
Pomm III. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	100 G
do. unk. rückz. 110	5	103 bG
do. do. 100	5	101 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,50 G
do. unk. rückz. 110	5	106,10 G
do. (1872 u. 74)	4½	98 00 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,90 bz
do. (1874)	5	101,90 bz
Pr. Hyp.-A.-B 120	4½	99,25 bG
do. do.	5	100,75 bG
Schles. Bod.-Cred.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25 bG
do. do.	4½	98,25 bz G
Kruppsche Oblig.	5	104,75 bz G

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	105,70 B
do. do. 1885	6	100,20 G
do. Bds. (fund.)	5	102,20 bz
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std.-A	6	103,25 bz
do. Goldanl.	7	105,30 bz
Oest. Gold-Rente	7	61,20 bz
Oest. Pap.-Rente	4½	52,40 bz G
do. Silb.-Rente	4½	56,30 bz
do. 250 fl. 1854	4	93,75 bz G
do. Cr. 100 fl. 1858	—	298 bz G
do. Lott.-A. v. 1860	5	99 bz B
do. do. v. 1864	—	259 bz
Ung. St.-Eisb.-A.	5	68 G
do. Loose	—	142,90 bz
do. Schatzsch. I.	6	83,20 G
do. do. kleine	6	83,90 bz
do. do. II.	5	80,90 bz
Italienische Rente	5	72,30 bz G
do. Tabak-Obl.	6	103 bz G
do. do. Actien	6	
Rumänier	8	85,90 bz
Finnische Loose	—	
Russ. Centr.-Bod.	5	81 25 bz B
do. Engl. A. 1822	5	83,60 bz
do. do. A. v. 1862	5	83,20 bz B
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. conf. A. 1871	5	83,40 bz
do. do. 1872	5	83,90 bz
do. do. 1873	5	83,60 bz
do. Bod.-Credit	5	80,50 bz G
do. Pr.-A. v. 1864	5	149,40 bz
do. do. v. 1866	5	149,50 B
do. 5. A. Stiegl.	5	71,90 bz
do. 6. do. do.	5	86,10 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	
do. do. kleine	4	78,25 bz
Poln. Pfdb. III. E.	5	72 G
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	63,75 G
Türk. Anl. v. 1865	5	12,30 bz G
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	27 bz

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,90 bz
do. 100 fl. 2 M.	169,20 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,46 bz
do. do. 3 M.	20,395 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,35 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	81,30 bz
do. do. 100 F. 2 M.	81 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	165,70 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	164,65 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	252,90 bz
do. 100 Rub. 3 M.	250 bz
Warschau 100 R. 8 T.	254,15 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½, f. Lombard 5½ pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris — Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	106 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	57,55 bz G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	58,25 bz B
Berliner Bankverein	fr.	52 bz
do. Comm.-B. Sec.	4	58,75 bz
do. Handels-Ges.	4	61,60 bz
do. Kassen-Verein	4	155 bz G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	69,75 bz G
Centralbk. f. Bauten	4	14,25 bz G
Centralbk. f. Ind. u. H.	4	68,50 bz G
Cent.-Genossensch.-B.	fr.	95,30 G
Chemnitzer Bank-V.	4	77,50 G
Coburger Credit-B.	4	68,50 G
Cöln. Wechslerbank	4	73,50 G
Danziger Bank	fr.	62 G
Danziger Privatbank	4	115 G
Darmstädter Bank	4	1 1 B
do. Zettelbank	4	96,80 G
Dessauer Creditbank	4	70,25 G
do. Landesbank	4	117,50 bz G
Deutsche Bank	4	85,50 bz G
do. Genossensch.	4	93 G
do. Hyp.-Bank	4	91,75 G
do. Reichsbank	4½	158 bz
do. Unionbank	fr.	89,10 G
Disconto-Comm.	4	110 B
do. Prov.-Discont	4	80 bz
Geraer Bank	4	74,60 bz B
do. Creditbank	4	52,70 B
Gew.-B. H Schuster	4	4,75 bz B
Gothaer Privatbank	4	87,75 G
do. Grundcreditbk.	4	102,50 bz G
Hypothek. (Hübner)	4	110,10 bz G
Königsb. Vereinsbank	4	81 G
Leipziger Creditbank	4	109 B
do. Discontobank	4	65,50 G
do. Vereinsbank	3½	93 bz G
do. Wechselbank	4	61,30 G
Magdeb. Privatbank	4	
Mecklenb. Bodencredit	4	81 bz G
do. Hypoth.-Bank	4	73 bz G
Meininger Creditbank	4	71,10 G
do. Hypothekenbk.	4	96 bz B
Niederlausitzer Bank	4	86 bz G
Norddeutsche Bank	4	128,50 G
Nordd. Grundcredit.	4	95 bz G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	fr.	95 B
Ostdeutsche Bank	fr.	
Posener Spritactien.	4	43 bz B
Petersb. Discontobank	4	91,00 G
do. Intern. Bank	4	90 G
Posen. Landwirthsch.	4	62 G
Posener Prov.-Bank	4	99,50 bz G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden-Credit	4	97,50 bz G
do. Centralboden.	4	116,25 bz
do. Hyp. Spielh.	4	123,60 B
Product.-Handelsbank	4	79,30 bz G
Provinz.-Gewerbebk.	4	39 G
Rittersch. Privatbank.	4	125,10 G
Sächsische Bank	4	110 G
do. Bankverein	fr	
do. Creditbank	4	97,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	59,75 bz
Schles. Bankverein	[illegible]	86,50 G
Schles. Vereinsbank	4	91 bz
Südd. Bodencredit	4	108,25 G
Thüringische Bank.	4	70,10 bz G
Vereinsbank Quistorp	fr.	1,90 G

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	96 bz
Dannenb. Kattun	4	17,25 G
Deutsche Baugef.	4	51,90 bz G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	9,40 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eisen.	4	
Donnersmarckhütte	4	18,50 G
Dortmunder Union	4	6 B
Egell'sche Masch.-Act.	4	13,90 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	17,50 bz G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Nähm.	4	34 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	86 bz B
Georg-Marienhütte	4	60 B
Hibernia u. Shamr.	4	28,90 bz
Immobilien (Berl.)	4	76 G
Kramsta, Leinen-F.	4	68,60
Lauchhammer	4	64 G
Laurahütte	4	66,10 bz
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	
Magdeburg. Bergw.	4	103 bz G
do. Spritfabrik	4	25,50 B
Marienhütte Bergw.	4	68 bz G
Massener Bergwerk	4	13 B
Menden u. Schw. B.	4	49 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	26,75 G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	32,50 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	21,50 bz
Redenhütte	4	3,60 bz G
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	37,75 bz
Union-Eisenwerk	4	3,50 b
Unter den Linden	4	20,75 bz G
Wäsemann Bau-V.	fr.	51,00 B
Westend (Quistorp)	fr.	3 20 bz
Wissener Bergwerk	4	12,00 G
Wöhlert Maschinen	4	11,25 G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	22,00 b G
Altona-Kiel	4	123,00 B
Bergisch-Märkische	4	78 40 bz G
Berlin-Anhalt	4	103,40 bz G
Berlin-Dresden	5	24 80 bz
Berlin-Görlitz	4	22,80 bz G
Berlin-Hamburg	4	168,25 G
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl. Potsd. Magdeb.	4	79,25 bz
Berlin-Stettin	4	122,75 bz B
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	71 25 G
Cöln-Minden	4	100,75 bz
do. Litt. B.	5	
Halle-Sorau-Guben	4	13,50 bz G
Hann.-Altenbeken	4	15 20 bz G
do. II Serie	4	
Märkisch-Posener	4	19,40 bz G
Magd.-Halberstadt	4	107,00 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Litt. B.	4	
Münster-Hamm	4	97,00 G
Niederschles.-Märkisch	4	96,50 bz
Nordhausen-Erfurt	4	25,90 bz B
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	127,50 bz G
do. Litt. B.	3½	119,75 G
do. Litt. E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	23,60 bz
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder-Uferbahn	4	104,50 bz G
Rheinische	4	108,80 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	92,30 bz
Rhein-Nahebahn	4	12,00 bz G
Stargard-Posen	4½	101 10 bz G
Thüringische	4	126,00 bz G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	91,00 bz B
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	106,00 bz G
Weimar-Geraer	4½	48,90 bz
Albrechtsbahn	5	15,75 G
Amsterdam-Rotterd.	4	114,50 bz
Aussig-Teplitz	4	115,75 bz
Baltische	3	
Böhm. Westbahn	5	70 30 bz
Brest-Grajewo	4	18,50 bz
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	7,25 bz
Elisabeth-Westbahn	5	55,40 bz
Kaiser Franz Joseph	5	51,75 bz G
Galiz. (Karl Ludwig)	5	87,50 87,90 bz
Gotthard-Bahn	6	46,75 G
Kaschau-Oderberg	5	35,50 bz G
Ludwigsh.-Bexbach	4	177,75 B
Lüttich-Limburg	4	18,00 G
Mainz-Ludwigshafen	4	95,70 bz
Oberhess. v. St. gar.	fr.	78,25 bz
Oestr.-frz. Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	190,00 bz
do. Litt. B.	5	62,50 G
Reichenb.-Pardubitz	4½	46,00 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	45,10 bz G
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	13,50 bz
Russische Staatsbahn	5	106,50 bz
Schweizer Unionbahn	4	8,00 bz G
Schweizer Westbahn	4	22,80 bz B
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	38,75 G
Vorarlberger	5	39,00 bz B
Warschau-Wien	4	180,00 bz G

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	45,90 bz G
Berlin-Görlitzer	5	54,00 bz B
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau-Warschau	5	
Chmn.-Aue-Adorf	fr.	20,75 bz
Crefeld-K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	26,75 bz
Halle-Sorau-Guben	5	32,00 bz G
Hannover-Altenbek	5	35,25 bz
do. II. Serie	5	
Leipz. Gaschw.-Me.	5	
Märkisch Posen	5	71,75 bz G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	70,50 bz G
do. do. C	5	96,00 bz G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	35,00 bz B
Oberlausitzer	5	32,40 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	73,60 bz
Rechte Oderufer-Bahn	5	109,00 bz
Rheinische	4	
Rumänisch	8	56,30 bz
Saalbahn	5	26,00 b B
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	65,00 G
Weimar-Geraer	5	20,00 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	97,00 B
do. do. III.	5	96,25 bz
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	84,90 G
do. do. Litt. B.	3½	84,90 G
do. do. Litt. C.	3½	77,00 bz
do. IV.	4½	99,50 B
do. V.	4½	99,00 G
do. VI.	4½	98,60 bz G
do. VII.	5	103,00 bz B
Aachen-Düsseldorf I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	98,00 bz
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	90,50 G
do. do. II.	4½	
do. Dortmd.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	103,50 bz G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	98,00 B
do.	4½	
do. Litt. B.	4½	
Berlin-Görlitz	5	103,00 bz G
do. do.	4½	89,55 bz G
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	5	104,00 B
Berl.-Potsd.-M. A. B.	4	93,80 B
do. do. C.	4	91,00 bz G
do. do. D.	4½	97 40 bz G
do. do. E.	4½	96,25 G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	94,00 bz G
do. do. III.	4	94,00 bz G
do. IV. v. St. g.	4½	103,00 bz B
do. VI. do.	4	94,50 G
do. VII.	4½	98,90 B
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	96,90 G
do. do. Litt. G.	4½	95,90 G
do. do. Litt. H.	4½	93,00 G
do. do. Litt. I.	4½	93,00 G
Cöln-Minden IV.	4	94,30 bz B
do. do. V.	4	91,25 G
do. do. VI.	4½	98,60 bz
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
do. do do.	5	101,50 B
Hannov.-Altenbek. I.	4½	95,25 B
do. do. II.	4½	91,75 B
do. do. III	4½	91,90 bz G
Märkisch-Posener	5	
Magdeb.-Halberstadt	4½	99,75 G
do. do. de 1865	4½	98,40 bz G
do. do. de 1873	4½	98,50 G
do. Leipzig	4½	100,20 bz
do. do. de 1873	4½	
do. Wittenberge	3	73,90 B
do. do.	4½	97,50 G
Niederschles.-Märk. I.	4	97,75 bz
do. II a 62½ thlr.	4	95,00 G
do. Obl. I. u. II.	4	97,00 G
do. do. III. conv.	4	
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschl.-Aische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	93,00 G
do. C.	4	93,00 G
do. D.	4	86,00 bz
do. E.	3½	101,50 G
do. F.	4½	99,40 B
do. G.	4½	101,80 bz
do. H.	4½	103,50 G
do. v. 1869	5	
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	99,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	103,50 B
do. Niedsch. Zwgb.	3½	
do. Starg. Pos.	4	
do. do. II.	4½	99,00 G
do. do. III.	4½	99,00 G
Ostpreuß. Südbahn	5	
do. Litt. B.	5	
do. Litt. C.	5	
Rechte-Oder-Ufer	5	101,20 bz G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. von 1858, 60	4½	100,00 bz G
do. von 1862, 64	4½	100,00 bz G
do. v. 1865	4½	100,[illegible] bz
do. 1869, 71, 73	5	103,50 B
do. v. 1874	5	103,50 G
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	102,00 bz G
do. II. do.	4½	102,00 bz G
Schlesw.-Holstein.	4½	99,50 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	101,50 bz
do. V.	4½	100,25 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	64,80 G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	83,80 G
do. do. II.	5	81,90 G
do. do. III.	5	79,90 G
do. do. IV.	5	78,50 G
Lemberg-Czernow. I.	5	63 75 G
do. II.	5	63,50 G
do. III.	5	56,90 bz G
do. IV.	5	50,75 bz G
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	15,50 bz G
Mainz-Ludwigshafen	5	
do. do	4½	
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	319,40 bz G
do. Ergänzungsn.	3	302,50 bz
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	94,30 G
do. II. Em.	5	94,00 bz B
Oesterr. Nordwestb.	5	74 30 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	59,30 bz
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	62,25 bz G
do. do. 1869	5	60,40 bz G
do. do. 1872	5	60,00 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	68,60 bz
Reichenb.-Pardubitz.	5	64,80 G
Südösterr. (Lomb.)	3	234 60 bz
do. do. neue	3	234,35 bz G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	77,40 bz
Baltische, gar.	5	80,50 G
Brest-Grajewo	5	57,00 bz G
Charkow-Asow. g.	5	86,40 bz
do. in Lstr. a 20.40	5	79,50 bz G
Charkow.-Krementsch.	5	85,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	86,00 G
Jelez-Woron., gar.	5	90,25 G
Koslow.-Woron.	5	89,00 bz
Koslow.-Woron. Obl.	5	75,00 G
Kursk.-Chark. gar.	5	86,40 B
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	76,90 bz
Kursk.-Kiew, gar.	5	90,60 bz
Losowo-Sewast.	5	75,00 B
Mosco-Rjäsan, g.	5	97,75 B
Mosk.-Smolensk	5	87,60 G
Schuja-Iwanowo	5	86,00 G
Warschau-Teresp.	5	87,00 G
do. kleine	5	88,50 G
Warschau-Wien II.	5	97,00 G
do. III.	5	91,75 bz
do. IV.	5	83,80 bz
Zarskoe-Selo	5	77,40 bz

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.